Laibacher Zeitung.

Nr. 44.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, 5. 1/2 fl. R. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 24. Februar

Insertionspreis für 10 Zeilen: 1mal 80 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsrempeel jedesm. 30 kr.

1869.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 23. Februar.

Die belgisch-französische Eisenbahnfrage dürfte nach den neuesten Nachrichten bald von der Tagesordnung verschwinden. Die französischen officiösen Organe beginnen gegenüber dem Votum des belgischen Senats, der die Gesetzesvorlage mit 16 gegen 7 Stimmen genehmigte, bereits abzuwiegen. Bezeichnend ist ein Artikel des officiösen „Public.“ Das Organ Rouhers hat in seiner officiösen „Public.“ Das Organ Rouhers hat in seiner officiösen Gedanken der französischen Regierung verrathen. Der „Public“ spricht es mit grenzenlosem Eynismus aus, die Eisenbahnfrage sei bloß ein kleiner Zwischenfall, die eigentliche Ursache der Spannung zwischen Frankreich und Belgien sei die Gastfreundschaft, die Belgien allen Revolutionären der Welt gewährt. Also auf das Ayl der wahren Freiheit auf dem Continent haben es die Pariser Regierungssphären abgesehen! Daß Belgien nach Cayenne bestimmten Zuspruch gewährt, das ärgert die Regierung Napoleons!

Die „Indep. belge“ bespricht das Votum des belgischen Senats. Das Brüsseler Blatt stellt dieses Abstimmungsresultat, welches nahezu eine Stimmeinheit für die Regierungsvorlage ergab, als die Folge „der lächerlichen, verlegenden und ungerechten Angriffe“ der französischen officiösen Presse dar. Viele Mitglieder des Senats gaben ihre Stimme nur deshalb für das Gesetz ab, weil sie nicht den Vorwurf auf sich laden wollten, als würden sie dem Drucke der „Angreifer und Verleumder“ Belgiens weichen. Das ergibt sich auch schon aus den Debatten im Brüsseler Senate. Alle Redner begannen ihre Plaidoyers für das Gesetz mit Hinweisungen oder Anspielungen auf die machtlosen Angriffe der Pariser Regierungsorgane. Der erste Redner, Mallou, namentlich betonte in scharfer Sprache das Recht Belgiens auf seine unantastbare Autonomie.

Belgien, setzte er weiter fort, wird immer Frankreich dankbar und freundschaftlich gesinnt sein, aber es muß auch seine belgische Nationalität wahren, und eben deshalb auch seine vollkommenste Neutralität. Die Aufrechthaltung der vollkommensten Neutralität Belgiens erheischt es aber auch gebieterisch, daß man das Land nicht materiell einem anderen, sei es Frankreich oder Preußen, unterwerfe, und deshalb stimme er dem Eisenbahngesetze bei. Frere-Orban, der Ministerpräsident, unterbroch die Ausführungen Mallous mit dem Rufe: „Wir stimmen überein.“

In gleichem Sinne sprach auch der Ministerpräsident selbst. Frere-Orban weist die Angriffe Frankreichs zurück.

Er erklärte, daß schon früher in Paris eine Declaration über die Ansichten der Regierung in Betreff der Fusionirung der Bahnen gemacht wurde, ohne daß Frankreich reclamirt hatte. Trotzdem demucirt man jetzt Belgien, es wäre den Einflüsterungen Preußens gefolgt. Frere-Orban meint hierauf: Wie meine Herren, wir könnten mit Schädigung unserer Interessen an einer elenden Intrigue theilnehmen? Ich kenne den Grafen Bismarck nicht, ich sah ihn bloß einmal, umringt von einer Menschenmenge, zufällig in einem Palaste. Ich kenne also Bismarck bloß aus der Geschichte, und Bismarck würde sich feige hinter uns stellen, um seine, ich weiß nicht welche, offensive Absichten gegen Frankreich auszuführen! Frere-Orban betont hierauf nochmals die strenge Neutralität Belgiens und die Absicht, sich immer streng bloß an die Verträge zu halten, und erklärt, daß Belgien sich Frankreich gegenüber am allerwenigsten zu einer unwürdigen Politik würde hinreißen lassen.

Parlamentarisches.

Wien, 19. Februar.

Die heute im Abgeordnetenhaus eingebrachte Revisionsvorlage betreffend die Ausschreibung von Prämien für größere Maulbeerbaumplantagen lautet:

Art. 1. Das Ackerbauministerium wird ermächtigt, Staatspreise für größere Anpflanzungen von Maulbeerbäumen in der Nähe von bevölkerten Ortschaften im Gesamtbetrage von 10.000 fl. ö. W. auszuschreiben.

Art. 2. Diese Prämien können erst im Jahre 1876 oder 1877 nach dem Vorschlage einer Sachverständigencommission verliehen werden.

Art. 3 enthält die Vollzugsclausel.

(Budgetauschuß.) Auf der Tagesordnung der gestern Vormittags stattgefundenen Sitzung des Budgetauschusses stand die Verhandlung über den Staatsvoranschlag des Unterrichtsministeriums.

Von Seite der Regierung wohnten derselben bei Sr. Excellenz der Minister für Cultus und Unterricht Dr. von Hasner, ferner Sectionschef Dr. Glaser und Sectionsrath Dr. Jiréek.

Zunächst berichtete Abg. Dr. Sturm über eine vom Unterrichtsministerium eingebrachte Nachtragscreditsforderung und beantragte, daß die von der Regierung beanspruchte Summe und zwar: Im ordentlichen Erfordernisse, als Staatsvorschuß zu katholischen Religionsanstalten 103.829 fl., und als Zuschuß zu den Schulfonds 9910 fl. und als Zuschuß für Studienanstalten 36.654 fl., ferner im Extraordinarium, für Herstellungs- und Adaptierungsarbeiten 21.633 fl. bewilligt werden mögen, welcher Antrag von dem Ausschusse genehmigt wird.

Sodann wird zur Tagesordnung übergegangen.

Der Referent stellt bei der Abtheilung „Centralleitung“ und zwar bezüglich Post 26, „Auslagen für Fachcommissionen und wissenschaftliche Gutachten“, den Antrag auf einen Abstrich von 4000 fl.

In Folge der vom Minister gegebenen Aufklärungen wird jedoch dieser Antrag vom Ausschusse verworfen und conform der Regierungsvorlage im Ordinarium 176.866 fl., im Extraordinarium 5717 fl. eingestellt.

Bei der zweiten Abtheilung dieses Staatsvoranschlages, „Cultus“, Titel 2, „Staatsvorschuße zu katholischen Religionsfonds“, beantragt der Berichterstatter nachfolgende Resolution:

„Die Regierung wird aufgefordert, in Fällen verfassungseindlicher Agitationen oder geschwinderiger Renitenz von Mitgliedern des Klerus mit Verminderung, Sperrung oder Entziehung der aus den Religionsfonds oder aus den Staatsvorschußen fließenden Personaleinkünfte vorzugehen.“

Ueber diesen Antrag entspinnt sich eine längere Debatte, an welcher sich der Unterrichtsminister, dann die Abg. Dr. Loman, Ritter v. Wejhl, Schindler, Dr. Zhylikiewicz, der Berichterstatter sowie der Abg. Skene und Van der Straß betheiligen.

Abg. Skene insbesondere spricht sich dahin aus, man möge den Feind nicht mit Nadelstichen tractiren, sondern direct auf die Aufhebung des Concordates losgehen, indem er darin allein ein wirksames Mittel erblicken könne, verfassungseindlichen Agitationen von Seite der Geistlichkeit ein Ziel zu setzen.

Abg. Dr. Van der Straß stellte den Zusatzantrag, daß nach den Worten der Resolution „Einkünfte“ eingeschaltet werde: „auf Grund der bestehenden Gesetze.“

Die Abstimmung ergab Stimmengleichheit, worauf der Vorsitzende gegen die Resolution dirimirte, so daß dieselbe abgelehnt ist.

Die Abgeordneten, welche gegen die Aufnahme der Resolution stimmten, so wie auch der dirimirende Vorsitzende motiviren ihr Votum damit, daß sie der Resolution deswegen nicht zustimmen können, weil ihnen derzeit kein Gesetz bekannt sei, auf dessen Grundlage stiftungsmäßig aus dem Religionsfonds angewiesene Temporalien ohne vorausgegangenen gesetzlichen Verlust der Pfründe entzogen werden könnten.

Daß die Regierung nöthigenfalls die nicht ausreichenden gesetzlichen Mittel zur Beseitigung der Renitenz durch Ausfüllung der Geschlücker ergänzen wird, wurde überdies vom Minister zugesichert.

Eine weitere Resolution des Berichterstatters, dahin gehend, „die Regierung werde aufgefordert, im Laufe des Jahres 1869 für die definitive Beseitigung des Deficits bei dem Gute St. Pölten Sorge zu tragen“, wird vom Ausschusse angenommen.

Im außerordentlichen Erfordernisse des Religionsfonds von Nieder-Oesterreich beantragte der Berichterstatter den Abstrich von 80.000 fl., welcher für den Bau einer Kirche in der Brigittenau präliminirt ist.

Dieser Antrag wurde vom Ausschusse abgelehnt, jedoch wird über Antrag des Abgeordneten Skene in dem Motivenberichte nachfolgender Passus aufgenommen werden:

„Obgleich die Einleitung zum Baue der neuen Kirche in der Brigittenau nicht gesetzlich war, so bewilligt doch das Haus die Einstellung dieser Summe, um den Bedürfnissen der Bevölkerung zu entsprechen.“

Bezüglich des Erfordernisses des katholischen Religionsfonds in Ober-Oesterreich beantragt der Berichterstatter, daß die Regierung aufgefordert werden möge,

dem Bischofe von Linz die Güter Garsten und Klein gegen Anweisung der Normaldotation per 12.600 fl. abzunehmen und in den Voranschlag pro 1870 sowohl diese Dotation, als den Jahresertrag dieser beiden Güter einzustellen.

Für diesen Antrag sprechen die Abg. Schindler, Mayer und Wichhoff. Letzterer theilt namentlich mit, daß die Wälder, welche zu diesen Gütern gehören, bedeutend devastirt werden und daß diese Devastation der Wälder der Herrschaft Waidhofen hatte, daß nämlich nicht nur mit der Zeit in jenen Gegenden ein Holzmangel eintreten werde, sondern daß auch die Landescultur im Allgemeinen bedeutend darunter leide.

Sr. Exc. der Unterrichtsminister gab die Erklärung ab, daß die Regierung bereits die nöthigen Schritte eingeleitet habe, um den Bischof von Linz auf die normalmäßige Dotation zu reduciren.

Die vom Referenten beantragte Resolution wird hierauf vom Ausschusse zum Beschluß erhoben.

Als Anhang zum Antrag des Referenten wünscht Abg. Schindler noch Folgendes aufgenommen:

„Religionsfondsgüter, welche anderen geistlichen Würdenträgern zum Genuß, jedoch nicht stiftungsmäßig eingeräumt wurden, sind vom nächsten Jahre angefangen im Budget in Evidenz zu stellen.“ (Angenommen.)

Bei der Post „Geistliche Bildungsanstalten“ wird vom Abg. Dr. Zhylikiewicz der Antrag gestellt, die im Präliminare enthaltene Summe von 4200 fl. für das höhere Priesterbildungsinstitut in Wien und von 9300 fl. für das griechisch-katholische Centralseminar in Wien zu streichen, und motivirte diesen Antrag damit, daß in diesen Anstalten nur Gelegenheit geboten sei für russische Untriebe, wodurch die Geistlichkeit für die Zwecke der russischen Regierung günstig gestimmt werden solle.

Gegen diesen Antrag spricht Abg. Schindler und wird derselbe auch vom Ausschusse fallen gelassen.

Wien, 20. Februar.

In den letzten zwei Sitzungen des Budgetauschusses wurde die Verathung über den Staatsvoranschlag betreffend das Ministerium für Cultus und Unterricht beendet und die größte Mehrzahl der beanspruchten Summen nach der Regierungsvorlage genehmigt.

Bezüglich des präliminirten Staatszuschusses zu den Studienfonds wurde von dem Referenten der Antrag gestellt, die Gewerbezeichenschule in Wien, für welche ein Kostenaufwand von 11.384 fl. eingestellt ist, aufzuheben. Der Ausschuß lehnte jedoch diesen Antrag ab, ebenso wie einen weiteren Antrag des Referenten, dahin gehend, die europäische Gradmessung auf das österreichische Staatsgebiet zu beschränken.

Ferner beantragte der Referent bei demselben Titel: „Das h. Haus wolle beschließen, die h. Regierung werde aufgefordert, den rücksichtlich des k. k. Obergymnasiums zu Graz mit dem Benedictiner-Stifte zu Admont wegen Befetzung der Lehrerstelle durch letzteres bestehenden Vertrag aufzulösen.“

Dieser Antrag wurde vom Ausschusse genehmigt.

Dagegen wurde der bei der Verathung des Titels „Stiftungen und Beiträge zu Unterrichtszwecken“ gestellte Antrag, „die vielseitig bestätigte Wahrnehmung, daß bei den gegenwärtig bestehenden Normen über Befreiungen von Collegengeldern an der k. k. Universität zu Wien die Erwirkung dieser Befreiung für mittellose Studierende oft vielen Schwierigkeiten unterliegt, lasse es als wünschenswerth erscheinen, das Zuerkennen der Collegengeldbefreiung einer zu diesem Zwecke zusammengesetzten Staatscommission zu übertragen“, von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt.

Bei der Verathung über das Erforderniß des paf-siven Studienfonds in Tirol stellt Abg. Schindler den Antrag, „die Regierung werde aufgefordert, die ehemög-lichste Auflösung des mit den P. P. Jesuiten bezüglich der Besorgung des theologischen Unterrichts an der Universität Innsbruck bestehenden Verhältnisses anzustreben.“ Der Antragsteller bemerkt hierzu, daß er es sehr sonderbar finde, daß gerade in Innsbruck der Nachwuchs der Geistlichkeit von Jesuiten herangebildet werde.

Der anwesende Unterrichtsminister erklärte hierauf, daß mit den Jesuiten kein Vertrag bestehe, es sei das betreffende Verhältniß unter der Verwaltung des Grafen Leo Thun entstanden; auch er sehe darin eine Anomalie und werde dieselbe so bald als thunlich beheben.

Längere Debatten wurden hervorgerufen durch von mehreren Abgeordneten gestellte Anträge, welche für ihre

Vänder außerordentliche Unterstützungen, respective Aufbesserungen der Gehalte für die Professoren der Universität und der Gymnasien wünschen.

Sämmtliche diesbezüglichen Anträge bleiben bei der Abstimmung in der Minderheit.

Abg. Dr. v. Berger beantragt dagegen: „das hohe Unterrichtsministerium sei aufzufordern, die Gehalte der Universitätsprofessoren im allgemeinen zweckmäßig zu reguliren und diesjährige Gehebesvorlagen ehestens dem Hause vorzulegen.“

Abg. Kuranda unterstützt diesen Antrag in einer längeren Auseinandersetzung über die Nothwendigkeit der Verbesserung der Bezüge der Professoren an allen österreichischen Universitäten im Interesse der Wissenschaft und Bildung. Man müsse den hervorragenden Lehrern, die man aus dem Auslande berufe, hohe Gehalte zahlen, zu welchen die der anderen Collegen desselben Faches in gar keinem Verhältnisse ständen. Auch solchen Professoren, welche aus Oesterreich ins Ausland berufen werden, müßten die Gehalte verbessert werden, wenn sie bleiben sollen. Daraus gehe aber eine Ungleichheit der Behandlung der Männer desselben Faches hervor und es sei daraus auch die Thatsache ersichtlich, daß die gegenwärtigen Professorengehälter überhaupt für die bestehenden Verhältnisse nicht ausreichend seien. Der Antrag des Abg. Dr. v. Berger wurde vom Ausschusse sohin zum Beschlusse erhoben.

Die Explosion der Fregatte „Radeky.“

Telegramm vom 1. l. Insel- und Festungscommando Vissa, 21. Februar, an Reichskriegsministerium Marineinfection. „Namen, Verwundungsart, Geretteten, bereits telegraphirt, das Befinden derselben bis nun befriedigend. Ueber weiters Gerettete noch keine Nachrichten erhalten. Bezirkshauptmann von Lesina telegraphirt: vorgenommene Recherchen kein Resultat. Ein Boot und Gegenstände des Schiffes aufgefischt. „Ferdinand Max,“ „Andreas Hofer,“ „Wall“ auf Recherchen ausgelassen. Ursache der Explosion jedenfalls Achter-Pulverkammer. Schiffsführer Barth kann sich nur erinnern, daß Explosion während Metallreinigung stattfand. Er sich nächst Fockmast befindend in See geschleudert. Quartiermeister Kraus sagt: Befand mich Corridor, überwachte Reinigung. Pulverkammer-Achter muß geöffnet gewesen sein, nachdem der Lukendeckel zum Waschen nach vorwärts gebracht wurde.

Etwas nach 10 Uhr habe er sich in der Nähe des Fockmastes im Corridor niedergelegt, sei eingeschlafen, plötzlich durch einen heftigen Stoß erschüttert, aufgewacht, hörte Feuer rufen, dichter Pulverdampf, stürzte zur Luke — Stiege weggeschleudert, kletterte längs Kaminmantel in Batterie und sah Achter-Theil bis Großmast zertrümmert, sich in See senkend; hatte noch Zeit, sich zur Stückpforte neben Officiersaboth hinauszustürzen, Wasser drang bereits von allen Seiten ein und Prora samt Fockmast senkte sich unter ihm, er schwamm weg und erfaßte ein Holzstück. Kraus vermuthet, nachdem Batterie nach Auslaufen Gravosa ausgeladen, Patronen in Pulverkammer offen gelegt und Stuckquartiermeister Dogel, welcher sich in Pulverkammer befinden haben mußte, nachdem Lukendeckel gewaschen, unvorsichtiger Weise durch Lichtmachen die Explosion herbeiführte.“

Es scheint, daß den vom Quartiermeister Kraus angegebenen Details vielleicht kein unbedingter Glaube beigegeben werden kann, daß sie vielmehr als das Product einer aufgeregten Phantasie betrachtet werden müssen. Jedenfalls werden über den wirklichen Sachverhalt erst die commissionellen Erhebungen, nachdem die Geretteten sich einigermaßen erholt haben werden, positiven Aufschluß geben können.

Die „Tr. Ztg.“ bringt weitere Nachrichten über den Unglücksfall, welchen wir Folgendes entnehmen: Zum dritten mal haben die Annalen der österreichischen Kriegsmarine eine Katastrophe zu verzeichnen, welche einem trefflichen Schiffe den Untergang brachte und zahlreichen wackern Seelenten das Leben kostete.

Es war im Jahre 1852, als Sr. Maj. Kriegsdampfer „Marianna“ von Venedig aus eine Fahrt antrat, von welcher derselbe niemals wiederkehren sollte. Das Schiff war verschwunden und verschollen — vom wuthenden Sturm weggeblasen, von den empörten Wellen vordrängung u. ohne daß auch nur ein Mann am Leben blieb, um Zeugniß zu geben von dem Schrecklichen, das sich zugetragen.

Im Jahre 1859, während des österreichisch-französisch-italienischen Krieges, ging Sr. Maj. Brigg „Triston“ im Hafen von Ragusa bei Vercora durch eine Explosion der Pulverkammer in die Luft. Obwohl damals mehrere von der Besatzung gerettet wurden, konnte man doch auch in diesem Falle die wahre Ursache der Katastrophe nicht constatiren.

Und nun die Fregatte „Radeky“! Dieselbe gehörte zur Escadre des Contreadmirals Baron Böck und befand sich auf Kreuzung.

Vorgestern am 20. d. M. zwischen 10 und 11 Uhr Morgens flog die Fregatte 10 Meilen NW. von der Insel Vissa in die Luft. Telegraphischen Berichten zufolge scheint es, daß die Kohlenmagazine Feuer fingen, durch die äußerst rapide Verbreitung dieses verheerenden Elements die Pulverkammer von demselben ergriffen und

dadurch die Explosion veranlaßt wurde. Bei der bekannten Ordnung, welche an Bord der österreichischen Kriegsschiffe herrscht, kann man nur vermuthen, daß die Pulverkammer, als man den Brand wahrte, sofort unter Wasser gesetzt wurde, die Pulverkisten aber wahrscheinlich aus Zeitmangel nicht mehr geöffnet werden konnten. Da man durch das Unterwasserlegen der Pulverkammer wenigstens auf einige Zeit die Gefahr abgewendet glaubte, die in den untern Schiffsräumen herrschenden Rauchmassen eine genauere Untersuchung nicht gestatteten und daher die Gefahr in ihrer ganzen Größe nicht erkennen ließen, mochte man wohl das brennende Fahrzeug nicht verlassen wollen und hoffte den Brand noch bewältigen zu können. Im Verlaufe der Löscharbeiten brannten die Seitenwände der Pulverkammer durch, das Wasser floß ab, die Pulverkisten erhitzten sich und auf diese Weise nur konnte die verhängnisvolle Explosion geschehen. Wir brauchen jedoch nicht ausdrücklich beizufügen, daß dies nur hypothetische Vermuthungen sind und bemerken, daß ein von heute datirtes Telegramm des Festungscommandos in Vissa, welches meldet, daß mehrere Bestandtheile der Fregatte aufgefunden wurden, ausdrücklich sagt, dieselbe sei durch eine Pulverexplosion untergegangen.

Weitern Nachrichten zufolge wurden vom Insel- und Festungscommando zu Vissa, so wie von den Hafensäckern in Vissa und Lesina Fahrzeuge entsendet, welche mehrere der Verunglückten an Bord nahmen. Die Rettungsversuche wurden leider auch durch den herrschenden schweren Südost geheimt. Baron Böck ging mit der Panzerfregatte „Ferdinand Maximilian“ sofort von Gravosa ab, um sich auf die Unglücksstätte zu begeben. Gestern erschienen auf dem Schauplatz auch Dampfer „Andreas Hofer“ von Zara und die Kanonenboote „Wall“ und „Ham“, letzteres aus Triest.

Obwohl teleg. Nachrichten den Kohlenbrand als die Ursache des Unglücks bezeichnen, könnten noch zwei andere Motive die Explosion veranlaßt haben, nämlich die Entzündung der an Bord vorhandenen Kam- und Terpentinöl-Vorräthe, welche durch die rapide Verbreitung der intensiven Flamme sofort die Pulverkammer ergriffen, oder die plötzliche directe Entzündung der Munitionsmassen. In letzterem Falle dürfte der wahre Grund des Unglücks wohl niemals ansfindig gemacht werden können.

Laut den letzten Bestimmungen sollten die Maschinenmeister Norkell und Selasj ausgeschifft werden — ob dies schon geschehen und deren Ersatz durch die Maschinenmeister Müller und Hütner bereits erfolgt war, ist unbekannt.

Der Zustand der Verwundeten soll derzeit befriedigend sein. Vorkäufig wurde nur ein Leichnam aufgefunden. Bsch.-Br. Steibank soll vom Ach.-Fähr. Barth schwimmend gesehen worden sein.

Oesterreich.

Triest, 22. Februar. (Predilbahn.) Der Vertrag, mit welchem die Creditanstalt und die anglo-österreichische Bank die Geldbeschaffung für die Predilbahn (Villach-Triest) übernehmen, ist am 19. d. M. abgeschlossen worden. Das Triester Comité, bestehend aus den Herren Revoltella, Morpurgo und Parente, Ambrosio di Stejano Kalli, Hector v. Ritter und Heinrich Escher, hat zwei seiner Mitglieder mit der Durchführung der Bahnangelegenheit betraut. Dieselben bilden im Verein mit drei Mitgliedern der Verwaltung der Rudolfsbahn ein Executiv Comité, das zunächst die erforderlichen Schritte zur Concessions-Erlangung zu machen hat. — Im Görzer Gebiete zeigt sich viel Eifer für die Bahn. Mehrere Gemeinden stellen Geld, Grundstücke und Arbeiter.

Görz, 21. Februar. (Wölfin. — Italienische Proclamation.) Großes Aufsehen erregte dieser Tage eine riesige Wölfin, die im Forste von Karnica durch Legung von Strychnin vergiftet und zur hiesigen Bezirkshauptmannschaft gebracht wurde, wo der glückliche Forstwart sich seine Taglia holte. Sie war ein großes, vollkommen ausgewachsenes Thier. Dem Vernehmen nach soll sich im Ternovauer Reichsforste noch ein Wolf befinden. Die Wölfe kommen sämmtlich aus Kraien, wo von einigen Grundbesitzern Wölfe und Bären gehegt werden. — Heute Morgens waren an den Straßenecken unserer Stadt Proclamationen in italienischer Sprache angeschlagen, worin die Görzer von der Agitationspartei in Italien aufgefordert werden, gemeinsame Sache mit ihr zu machen. Die Proclamationen sind in Udine gedruckt. Die Polizei entfernte dieselben und leitete sofort die Untersuchung ein.

Zara, 17. Februar. (Adresse.) „Il Dalmata“ veröffentlicht eine Adresse, welche die Mitglieder der dalmatisch-österreich. Colonie in Constantinopel aus Anlaß der Beantwortung der bekannten Interpellation im Reichsrathe über die Stellung Dalmatiens an den Hofrath Papenna gerichtet haben. Sie schließt mit den Worten: „Es lebe der constitutionelle Kaiser! Es lebe das liberale Ministerium! Es lebe das autonome Dalmatien!“

Ausland.

Madrid, 21. Februar. (Die Cortes) haben gestern das definitive Bureau ernannt, welches in gleicher Weise wie das provisorische Bureau zusammengesetzt ist.

Die definitive Constituirung der Cortes wird Montag erfolgen.

Petersburg, 21. Februar. (Die Staatsbank) hat heute den Discout für Petersburg, Riga, Moskau, Odessa und Mitau auf fünf und dem Lombardzinsfuß auf sechs Procent herabgesetzt.

Proceß Karageorgievich.

(Siebenter Verhandlungstag.)

Pest, 15. Februar.

Präsident Preisler eröffnet um Viertel auf 10 Uhr die Verhandlung. Das Publicum ist schwach vertreten. Der Fürst sieht sehr angegriffen aus. Er muß sich sammt Stankovics gleich nach dem Erscheinen wieder entfernen, weil an Trifkovic noch einige Fragen gerichtet werden sollen. Dem fürstlichen Angeklagten scheint es nicht zu gefallen, daß man ihn so kurz angebunden auffordert, sich zu entfernen, doch macht er zum bösen Spiele gute Miene.

Referent Sebestyen richtet nun an Trifkovic noch einige Fragen als Ergänzung zu seinem vorgestrigen Verhöre. Die Fragen beziehen sich auf seine Geldgebarung, auf Sabarth und Todics.

Referent: Wann war der Fürst in Graz? — Angeklagter: Während ich in Temesvar war, reiste der Fürst nach Graz und blieb dort etwa 15 Tage, so daß er bei meiner Rückkehr noch nicht zu Hause war.

Referent: Haben Sie den Fürsten benachrichtigt, daß Radovanovich Sie beauftragt habe, Waffen zu kaufen? — Angeklagter: Ich erinnere mich nicht, daß ich es ihm mitgetheilt hätte, weil ich nicht über alles Rechenschaft legen mußte.

Sebestyen: Sagen Sie aufrichtig, haben Sie vom Fürsten das Geld zur Anschaffung der Waffen bekommen? — Angeklagter: Ich sage die Wahrheit, denn der Fürst hat mir dazu kein Geld gegeben. Radovanovich hat mir das Geld für die Waffen übergeben.

Referent: Wer hat die Briefe des Fürsten gewöhnlich geschrieben? — Angekl.: Theils ich, theils der Erzähler Poppovic.

Referent: Wer hat den Brief an Bilotievics geschrieben, welchem die 27.800 fl. beigegeben waren? — Angeklagter: Ich glaube, daß ich ihn geschrieben habe.

Referent: Haben Sie diesen Brief dem Bilotievics mit dem Gelde übergeben? — Angekl.: Nein, den habe ich später übersickt.

Referent: Was für mündlichen Auftrag erhielten Sie bezüglich der Verwendung der 27.800 fl.?

— Angeklagter: Der Fürst hat mir damals den Auftrag gegeben, den Brief an Bilotievics zu schreiben, als er noch die Absicht hatte, das Geld durch die Post zu senden.

Referent: Und was enthielt der Brief? — Angeklagter: Daß Bilotievics für das Geld türkische Gründe kaufe, nur wenn dies nicht möglich sein sollte, möge er das Geld in der Kamerajcha deponiren.

Referent: Wann wollte der Fürst nach Bukarest reisen? — Angekl.: Im Mai.

Referent: Wann hat Bilotievics geschrieben, daß in Belgrad türkische Gründe zu verkaufen sind? — Angeklagter: Er hat darüber öfter geschrieben.

Referent: Bilotievics war im Herbst 1867 in Bosnien, wo von den Gründen angeblich gesprochen wurde. Nach Verlauf von fünf Monaten fiel es dem Fürsten erst ein, das Geld für die Gründe einzusenden.

Referent: Haben Sie das Amt, welches Sie unter Karageorgievich inne hatten, durch den Umsturz der Herrschaft Karageorgievich verloren? — Angekl.: Ich wollte unter Obrenovich nicht dienen und verließ das Amt.

Referent: Sie haben also das Amt aus Haß gegen die Familie Obrenovich niedergelegt? — Angekl.: Ja, aus Haß.

Referent: In was für einem Verhältnisse stand Stankovics zu Karageorgievich? — Angeklagter: Stankovics kam öfter zum Fürsten ins Haus, aber er stand zu ihm in keinen Beziehungen.

Definitiver Ankläger Strosay: Bilotievics gibt an, daß er alle Briefe vernichtet habe, nur jene nicht, welche sich auf die Geschäftsangelegenheiten des Fürsten bezogen, wie kommt es, daß gerade dieser Brief, welcher von der Verwendung der 27.800 fl. handelt, nicht vorgefunden wurde? — Angeklagter: Darüber weiß ich nichts.

Richter Janitsel: Als Sie dem Bilotievics das Geld übergaben, erhielten Sie eine Quittung? — Angeklagter: Nein.

Janitsel: Erklären Sie das große Vertrauen, daß ein Bediensteter des Fürsten so große Beträge ohne jede Bestätigung erhält? — Angekl.: Ich erkläre das Vertrauen dahin, daß Bilotievics stets sehr ehrlich die Güter verwaltet habe.

Janitsel: Sie hätten aber schon darum eine Quittung nehmen sollen, um sich vor dem Fürsten auszuweisen, das ist unerklärlich? — Angekl.: Der Fürst hatte doch Vertrauen zu mir.

Referent: Der Angeklagte sagt, daß Bilotievics das Gut so treu verwaltet habe, nun sind bei Bilotievics 4284 Ducaten gefunden worden, von denen 300 Bilotievics gehörten, es hätten also 6000 Ducaten dort sein müssen? — Angekl.: Ich glaube auch, daß 5000

Ducaten dort hätten sein müssen, übrigens sind im Tische 500 Ducaten gefunden worden.

Richter Janitsel: Woher wissen Sie das? — Angekl.: Aus dem Buche. Es ist nämlich ein Buch erschienen, welches den ganzen Gang der Gerichtsverhandlung in Belgrad enthält.)

Janitsel (überrascht): Woher haben Sie das Buch? — Angekl.: Ich habe es bekommen.

Verteidiger Farkas: Nachdem Bilotievics schon drei Wochen gefangen war, wurde das Geld aufgefunden, während welcher Zeit die Angehörigen des Hauses genug Gelegenheit hatten, vom Gelde sich Beträge anzueignen. Auch ist auffallend, daß, nachdem Trifkovic und Radovanovich Freunde waren, der letztere gegen Trifkovic belastende Aussagen machte. — Angekl.: Ich glaube, daß, wenn man Radovanovich gestattet hätte, nach seinem Gewissen auszusagen, er gewiß anders ausgesagt hätte.

Öffentlicher Ankläger: Ich wünsche, daß Trifkovic jetzt mit dem Fürsten konfrontirt werde darüber, daß, während Trifkovic aussagt, Bilotievics habe über den Empfang des Geldes an den Fürsten ein Schreiben gerichtet, der Fürst hingegen angibt, er habe kein Schreiben erhalten, sondern serbische Kaufleute haben ihm mitgeteilt, Bilotievics habe das Geld erhalten.

Der Präsident läßt nun den Fürsten vorführen, während Trifkovic sich entfernen muß. Nun richtet der Dolmetsch die Frage an den Fürsten. — Angekl.: Ich habe in dieser Sache von Bilotievics kein einziges Schreiben erhalten, es ist möglich, daß Trifkovic sich nicht gut erinnert.

Hierauf wird Trifkovic wieder vorgeführt und sagt, daß der Fürst doch ein solches Schreiben erhielt.

Fürst: Ich erinnere mich nur, daß Trifkovic Bilotievics ein Schreiben erhielt, in welchem er den Trifkovic verständigte, er habe das Geld nicht in der Kamerascha deponirt, aber über die Bestätigung des Empfanges des Geldes erhielt ich von ihm keinen Brief. Trifkovic wird abgeführt.

Referent zum Fürsten: Haben Sie dem Gelde ein Schreiben an Bilotievics beigefügt? — Angekl.: Nein, erst nachträglich ließ ich durch Trifkovic ein solches Schreiben verfassen.

Referent: Was haben Sie in dem Briefe angeordnet? — Fürst: Daß Bilotievics das Geld zum Ankaufe der Gründe verwenden möge.

Referent: Wann haben Sie Bilotievics gesagt, daß Gründe zu verkaufen seien? — Fürst: Schon im Jahre 1858.

Referent: Wie kommt es, daß Sie gerade um diese Zeit das Geld zum Ankaufe sandten? — Angekl.: Als Bilotievics hier war, sagte er mir, daß das Ministerium die Gründe verkaufen wolle.

Referent: Wie lange waren Sie in Graz? — Fürst: Etwa 5—6 Tage.

Hierauf wird der Fürst ab- und Stanfovic vorgeführt, mit dem nun das Verhör beginnt.

Referent verliest das Urtheil des Belgrader Gerichtshofes, demzufolge Stanfovic zu zwanzigjährigen schwerem Kerker verurtheilt wurde, dann verliest er die Stanfovic betreffenden Motive der Anklage.

Richter: Wissen Sie die Ursache Ihrer Verhaftung? — Stanfovic: Die Ursache meiner Verhaftung weiß ich nicht, ich weiß nur, daß heute Nachts zwischen 3 und 4 Uhr drei fremde Herren zu mir kamen und mir einen Verhaftsbefehl der hiesigen Stadthauptmannschaft vorzeigten, dem ich auch Folge leistete.

Richter: Sie sind beschuldigt, an der Ermordung des Fürsten von Serbien Theil genommen zu haben? — Angekl.: Ich kann hierüber gar kein Geständniß ablegen, da mich diese Beschuldigung nicht trifft; ich muß mich gegen diese Anschulldigung umso mehr verwahren, als ich stets für die Familie Obrenovich und nicht für Karageorgievich eingenommen war.

Richter: Wo und wie lange hielten Sie sich vor dem 17. Mai in Serbien auf, und zu welchem Zwecke? — Angekl.: Ich bin Ende April nach Serbien gereist zur Effectuirung eines Geschäftes mit Schweinen, nach zwanzig Tagen bin ich wieder nach Ungarn zurückgekehrt. Zur Zeit als der Mord verübt wurde, hielt ich mich aber in Pest auf und berufe mich auf Zeugen.

Richter: Es wird Ihnen ein Revolver gezeigt, der in Ihrer Wohnung gefunden wurde, und auch ein Handschar, wie sind diese Waffen in Ihren Besitz gekommen? — Angekl.: Den Handschar habe ich in Belgrad gekauft, und den Revolver kaufte ich am 1ten October in Pest.

Richter: Wie sind die 48 Exemplare der gegen Obrenovich gerichteten Flugschrift: „Der letzte Obrenovich,“ in Ihre Hände gerathen? — Angekl.: Als ich in Serbien war, kam in Pest ein Herr aus Semlin in mein Haus und übergab die Broschüre meinem Diensthöten.

Richter: Sie stellen jede Mitwisserschaft an dem Mord in Abrede, nun sagt aber Rogics, daß Sie von dem ganzen Vorhaben Wissenschaft hatten? — Angekl.: Das ist nicht wahr, denn hätte ich wirklich eine solche Absicht, so würde ich mir gewiß andere Leute ausgesucht haben als Rogics, übrigens möge er mir das beweisen, denn seine alleinige Aussage ist nicht genügend.

Richter: Rogics sagt auch, daß Sie Radovanovich von dem beabsichtigten Mord verständigt haben. —

Angekl.: Ich habe mit Radovanovich nie gesprochen, wir waren in Feindschaft, denn er mußte 1866 gegen mich eine unbegründete Forderung geltend machen, der zufolge ich mein ganzes Vermögen verlor.

Richter: Rogics sagte ferner aus, sie hätten ihn noch vor 2—3 Monaten aufgefordert, den Mord zu vollbringen, weil, wie Sie sagten, man sonst diese Regierung nicht los werden wüde. — Angekl.: Das ist nicht wahr, und ich berufe mich hier auf meine Belobungsurkunde des Fürsten Milosch, welche bezeugt, in welcher freundschaftlichen Beziehungen ich zu seiner Familie stand, auch habe ich von ihm einen Orden bekommen, den man mir später in Belgrad abgenommen hat.

Verteidiger Szilvassy: Ich bitte um die Verlesung des Aktenstückes. (Geleht.) Milosch sagt in dieser Schrift, daß Stanfovic um sein Haus sich durch seine Anhänglichkeit große Verdienste erworben habe.

Richter: Kennen Sie den Vazar Marics? — Angekl.: Ich kenne ihn und habe ihn im Gefängnisse in Topshidra besucht, habe ihm auch damals eine halbe Oka Tabak übergeben. Ich habe ihn gefragt, wie es gekommen, daß er seine Gemalin ermordete. Bei dem Gespräche waren anwesend der Director des Gefängnisses und noch andere drei Personen.

Richter: Was war der Grund Ihres Besuches? — Angekl.: Ich habe ihn besucht, weil er mein Landsmann war und ich ihn schon fünf Jahre nicht sah.

Richter: Marics sagt aus, sie hätten ihm erzählt, daß ein armer Beamter zu Ihnen kam, der klagte, daß er Hungers sterben müsse, worauf Sie ihm bemerkten, er möge zu Grunde gehen, wenn er nicht den Muth habe, die zwei Minister aus dem Wege zu räumen, thäte er das, dann brauchte er nicht zu hungern? — Angekl.: Das habe ich nicht erzählt.

Richter: Haben Sie von Bilotievics Geld und zu welchem Zwecke erhalten? — Angekl.: Ich habe den Fürsten in Pest um ein Darlehen von 500 Ducaten gebeten, da er aber kein Geld vorrätig hatte, wies er mir es bei Bilotievics an; das Geld habe ich für mein Geschäft benützt.

Richter: Bilotievics gibt an, er habe Ihnen im März 700 Ducaten eingehändigt, was auch Nenadovich bestätigt, und Sie haben ihm eine Quittung eingehändigt; wozu haben Sie diese 700 Ducaten gebraucht? — Angekl.: Das ist nicht wahr, übrigens hätte ich das Geld erhalten, so wäre das viel zu wenig gewesen, um eine Revolution hervorzubringen, besonders bei einem solchen „Witstvolk“, wie das unserige.

Richter: Radovanovich sagt, Sie hätten ihm erwähnt, ob es nicht angezeigt wäre, die Anwesenheit des Fürsten Michael in den Bädern dazu zu benutzen, die Minister zu ermorden? — Angekl.: Das ist nicht wahr. Ich habe mit Radovanovich, der mein Feind ist, nichts vorgehabt.

Richter: Stehen Sie zum Fürsten Alexander in irgend welchen Beziehungen, da Sie doch ein Darlehen von ihm erhielten? — Angekl.: Ich stehe in keinen Beziehungen zum Fürsten. Ich war im Jahre 1859 in Pest in der Kirche, wo ich die Fürstin gesehen habe, sie kam dann auf mich zu, ich küßte ihr die Hand, und sie fragte mich, weshalb ich sie nicht besuche, worauf ich bemerkte, daß ich fürchtete, sie sei auf mich böse, und werde mich hinausweisen, doch die Fürstin bemerkte, daß sie weder mir noch dem Volke große, ihr Groll gelte bloß dem Fürsten Obrenovich.

Richter: Haben Sie das Darlehen dem Fürsten schon zurückgezahlt? — Angekl.: Ich habe es noch nicht bezahlt, und die Obligation muß sich noch beim Fürsten befinden. Als man in Belgrad erfuhr, daß ich vom Fürsten ein Darlehen bekam, da schrieben ihm meine Feinde, er möge sich vor mir hüten, denn ich sei ein Spion; jene fürchteten, daß ich seine Gunst gewinnen werde.

Richter: Rogics hat ausgesagt, Sie hätten ihm erzählt, daß Sie dem Fürsten angezeigt haben, Sie beabsichtigen, Michael zu ermorden, um Karageorgievich auf den Thron zu bringen, wobei der Fürst Ihnen Vorsicht angerathen hätte. — Angekl.: Das ist eine Erdichtung; ich habe den Fürsten zweimal in der Kirche gesehen, habe ihn auch an jedem wichtigen Feiertage besucht, aber von solchen Fragen war nie die Rede.

Richter: Haben Sie im vorigen Jahre beim hiesigen Gewehrfabrikanten Kirner Revolver gekauft, und für wen waren diese bestimmt? — Angekl.: Ich habe für einen gewissen Perics, von dem ich Schweine kaufte, zwei Revolver gekauft; außerdem habe ich auch 200 Patronen gekauft.

Richter: Kirner sagt aber, daß die Revolver nach ihrer Angabe gemacht und für Jemanden in Neusag bestellt wurden. — Angekl.: Das ist nicht wahr, ich kenne Niemanden in Neusag.

Richter: Haben Sie auch fremde Serben zum Ankaufe von Waffen zu Kirner geführt? — Angekl.: Ich habe bloß zwei fremde Serben, deren Namen ich nicht weiß, hingeführt; ob sie Waffen gekauft haben, weiß ich nicht.

Richter: Es wird Ihnen ein Brief Ihres Bruders Demeter vorgelesen; nachdem in demselben zwei deutliche Stellen enthalten sind, erklären Sie dieselben. — Angekl.: In diesem Briefe schreibt er mir von seiner Heirat und benachrichtigt mich auch von dem Stande meiner Proceffe.

Der Dolmetsch liest den Anfang des Briefes: „Man hat mich bis jetzt nicht mehr molestirt und ich hoffe, daß es so bleiben wird.“ Er spricht dann in diesem Briefe von Bohnen, welches Wort auffallend oft vorkommt.

Stanfovic bemerkt über seinen Bruder, der jetzt zu fünfjähriger Kerkerstrafe verurtheilt, eingesperrt ist, daß man auf das Wort eines solchen Menschen, der schon fünfmal verurtheilt war, nichts geben könne.

Der Referent erzählt, daß beide Brüder bei der Confrontation in Semlin sich mit Schmähungen überhäuft haben. So erzählte Demeter, daß sein Bruder schon 1865 an der Ermordung Michaels gearbeitet habe.

Richter: Es ist in dem Briefe von einem Verbräuche der Fisoln die Rede, wie ist das zu verstehen? — Angekl.: Das verstehe auch ich nicht.

Die Geschichte mit den Fisoln wirkt auf den Angeklagten, der sich mit vieler Sicherheit verantwortet, sehr erheitend und er verläßt, als die Verhandlung um halb zwei Uhr geschlossen wurde, mit einem dem Publikum zugewendeten selbstbewußten Lächeln den Saal. — Morgen 9 Uhr Fortsetzung. (Wdr.)

Tagesneuigkeiten.

— (Allerhöchste Spende.) Se. Majestät der Kaiser haben der durch Feuer verunglückten Gemeinde Neja in Ungarn 200 fl. aus der Allerhöchsten Privatschatulle allgerneidigst zu spenden gelehrt.

— (Bergakademie.) Wie aus fachmännischen Kreisen verlautet, so wäre die Errichtung einer Bergakademie in Wien bereits eine beschlossene Sache. In Wien sind übrigens nicht nur die theoretischen, sondern auch die praktischen Mittel in der geologischen Reichsanstalt in solchem Maße vorhanden, daß Wien zum Sitze einer Bergakademie vollkommen berechtigt erscheint. Mit der Bergakademie soll auch die Ackerbauschule in Verbindung gebracht werden, da in letzterer ebenfalls Vorlesungen über Chemie und Geologie abgehalten werden.

— (Von einem wüthenden Wolfe gebissen.) In Penkeres, einer Ortschaft des Bihar Comitats, wurden am 24. December v. J. mehrere Personen („Bihar“ gibt nachträglich ihre Zahl auf 42 an) von einem Wolfe gebissen, bis derselbe endlich erschlagen wurde. Da keine Obduction stattfand, konnte auch nicht constatirt werden, ob die Bisse wüthend war, doch sprachen sonstige Anzeichen dafür. Bei zweien der Gebissenen ist nun aber die Wasserscheu im höchsten Grade ausgebrochen. Der Bezirksarzt ist, wie man dem genannten Blatte aus Belenyes schreibt, obwohl er nur eine Stunde entfernt wohnt, erst am fünften Tage nach der Katastrophe in facie loci erschienen; die Unglücklichen, welche gebissen wurden, befanden sich in keiner prophylaktischen Behandlung, sondern hatten bei einem Quacksalber in Segyes Hilfe gesucht, der beim Wolfe in dem Rufe steht, die Wasserscheu heilen zu können und dessen Kur darin besteht, daß er den Betroffenen einen Schnitt in die Zunge macht. Der Sectionsarzt sei gegenwärtig abwesend, und der Correspondent fordert daher im Namen der Menschlichkeit die Behörden auf, der in Todesgefahr und Angst Schwebenden sich anzunehmen und etwas in der Sache zu thun.

— (Mensch und Affe.) Professor Virchow hielt letzten Donnerstag in Berlin einen sehr interessanten Vortrag über das Thema, ob der Mensch wirklich, wie Karl Vogt behauptet, vom Affen abstamme, und er gelangte zu dem Resultat, es sei positiv irrtümlich, daß der Mensch ein höher entwickelter Affe sei. Durch die Entwicklung des Affen könne nie ein Mensch werden; mit jedem Jahre der Entwicklung des Affen werde vielmehr sein Unterschied vom Menschen größer. Man müsse ferner berücksichtigen, daß es nur in der alten Welt, nicht aber auch in Amerika, menschähnliche Affen gibt. Die Beweisführung Vogt's leide überhaupt an dem großen Mangel, daß er sich einseitig auf eine bloße Vergleichung des Schädels eingelassen habe. Virchow erklärte dann, daß es ebensowenig möglich sei, die Abstammung aller Menschen von einem einzigen Menschenpaare nachzuweisen, denn noch niemals seien von einem weißen Elternpaare schwarze Kinder geboren worden, und selbst dann, wenn Weiße in eine tropische Gegend zogen, bekamen sie keine schwarze Nachkommenschaft. Wissenschaftlich betrachtet sei die Frage der Einheit des Menschengeschlechtes ebensowenig bewiesen, ebenso in der Luft schwebend, wie die Descendenz des Menschen und des Affen von einem gemeinsamen Urhau.

— (Rom und die Polen.) Der „Esz“ berichtet aus Rom über ein charakteristisches Merkmal zur Beurtheilung des Verhältnisses zwischen Rom, Petersburg und den Polen. Das officiöse Organ der Curie, der „Osserv. Rom.“ zählt jetzt die Polen immer unter die Russen, und nennt die polnischen Freiwilligen, die sich unter das päpstliche Kreuz reihen, ganz einfach Russen. Trotz aller von polnischer Seite erhobenen Reclamationen läßt sich der „Osserv. Rom.“ von dieser Anschauungsweise nicht ablenken.

— (Uebertritte zum Katholicismus in Eng-land.) Wieder hat ein namhafter Geistlicher der englischen Kirche, der Reverend William Gunnyhun, seine Pfunde in Somerset niedergelegt, und ist zum Katholicismus übergetreten. Diese häufigen Uebertritte sind eine eigenthümliche Erscheinung.

— (Das Fleisch conserviren.) Das englische Professors Gamgee, welches in Amerika mit dem besten Erfolg angewendet werden soll, besteht, nach einer Mittheilung im „Landw. Anzeiger“, darin, daß man das Thier durch Einwirkung von Kohlenoxydgas tödtet, ausbluten läßt und, nachdem man das Fell abgezogen, wie gewöhnlich reinigt, es hierauf eine bestimmte Zeit hindurch in ein luftdicht verschlossenes Gefäß bringt, aus welchem die Luft vermittelst einer Luft-